

Medienkonferenz KGIV – BUD vom 5.5.2014
«Baustellen – Eine Chance trotz Lärm und Staub»
BUD nimmt Forderungskatalog der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine entgegen. Rede Beat Huesler

Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzte Medienschaffende

Auch ich bin froh darüber, dass die Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine und die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion heute gemeinsam diese Medienkonferenz durchführen können. Dies ist ein starkes Signal dafür, dass die KGIV mit ihren Forderungen bei der Bau- und Umweltschutzdirektion auf offene Ohren stösst. Ich kann Ihnen sagen: Die Gespräche im Vorfeld waren sehr konstruktiv. Wie Christoph Buser sagte, die KGIV fühlt sich ernst genommen.

Gerne präsentiere ich Ihnen nun also unsere Forderungen im einzelnen, die Regierungsrätin Sabine Pegoraro im Anschluss kommentieren wird:

Forderung 1: Frühzeitiger Kontakt

Den optimalen Zeitpunkt für ein Bau- oder ein Sanierungsprojekt gibt es fast nicht. Aber die Projektleitung der zuständigen Behörde¹ muss gewisse Gegebenheiten berücksichtigen, die für das betroffene Gewerbe von Relevanz sind. So sollte ein Bauprojekt nicht in die Weihnachtszeit gelegt werden, damit das Weihnachtsgeschäft nicht beeinträchtigt wird.

Wir fordern darum eine frühzeitige Kontaktaufnahme der Gemeinde, des Kantons und / oder der Projektleitung mit dem ortsansässigen Gewerbe- und Industrieverein (GIV) vor der eigentlichen Projektplanung, damit die heiklen Phasen mit den Betroffenen besprochen werden und der Zeitpunkt des Bau- oder Sanierungsprojekts so gut wie möglich geplant werden kann.

Forderung 2: Stärken-Schwächen-Analyse

Die Bauphase kann bei einem Grossbauprojekt entweder in Etappen oder an einem Stück erfolgen. Dies hängt primär von den lokalen Gegebenheiten ab. Zugleich kann die Bauphase je nach Anzahl Schichten verlängert oder verkürzt werden. Dies gilt es genau abzuklären. Zudem muss den Betroffenen aufgezeigt werden, weshalb welche Variante gewählt wurde. Nur so kann das notwendige Vertrauen geschaffen werden.

Darum fordern wir zweitens von Seiten Gemeinde, Kanton und /oder Projektleitung eine Stärken-Schwächen-Analyse, welche die Vor-/Nachteile, Chancen & Risiken des geplanten Bauprojekts aufzeigen:

- bei einer Sanierung in einem Stück beziehungsweise in mehreren Etappen für alle Beteiligten,
- die unterschiedliche Anzahl von Arbeitsschichten (z.B. Tages- und Nachtschichten), die eingeplant werden kann und die über die Dauer der Bauphase bestimmen.

Die Resultate sollen den ortsansässigen Gewerbetreibenden und Anstössern vorgestellt und mit ihnen diskutiert werden. Dies schafft Transparenz und Akzeptanz.

Forderung 3: Mitsprache

Die Projektleitung unterbreitet den betroffenen KMU oder deren Interessenvertretung den gut ausgearbeiteten und in den wesentlichen Punkten finalen Gesamtprojektplan. Damit schafft sie eine optimale Grundlage für die detaillierte Umsetzung der einzelnen Projektschritte, die insbesondere auch die KMU betreffen. Nun ist es entscheidend, dass sich die KMU einbringen können.

Wir fordern daher von der Projektleitung, dass die betroffenen KMU bei der Umsetzung des Projektplans ihre Hinweise, Ergänzungen und Anmerkungen einbringen können, indem eine

¹ Stellvertretend sind auch die Gemeinde oder der Kanton gemeint.

Vertreterin oder ein Vertreter des betroffenen Gewerbes/der betroffenen KMU an den Baustellensitzungen teilnehmen kann. Gemeinsam mit der Projektleitung sollen die betroffenen KMU definieren, wie z.B. Zugang und Anlieferung zu den Geschäften gewährleistet werden können.

Forderung 4: Kommunikationskonzept

Die drei nächsten Forderungen haben vor allem mit dem Thema Kommunikation zu tun. Kommunikationsaktivitäten zum jeweiligen Bauprojekt sind entscheidende Faktoren, die über den Erfolg des Bauprojekts mitbestimmen. Die rechtzeitige Planung von Kommunikationsaktivitäten und die frühzeitige Abstimmung der Massnahmen mit den Gewerbetreibenden und Anstösserinnen und Anstössern sind entscheidend. Sie ermöglichen Planungssicherheit für die betroffenen Geschäfte/KMU. Und sie tragen dazu bei, Verzögerungen des Projekts und Ärger bei den Beteiligten zu vermeiden. So führen zum Beispiel regelmässige Informationsveranstaltungen in Kombination mit einem regen Erfahrungsaustausch zu mehr Verständnis der Betroffenen dafür, dass Baustellen unweigerlich Unannehmlichkeiten wie Lärm, Dreck, Staub, Umwege und – unter Umständen – auch temporäre Umsatzeinbussen mit sich bringen.

Wir fordern als viertes darum, dass die Projektleitung ein begleitendes Kommunikationskonzept ausarbeitet, das zielgruppengruppengerechte Kommunikationsmassnahmen für betroffene Geschäfte/KMU, Anstösserinnen und Anstösser (u.a. Anwohner) sowie Kundinnen/Kunden über das gesamte Bauprojekt und die verschiedenen Etappen beinhaltet. Zu den erwarteten Massnahmen gehören:

- regelmässige Informationsveranstaltungen und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch für die Geschäfte/KMU mit der Projektleitung seitens Verwaltung,
- Informationsplattform über die Baustellenplanung/Etappen/Bauzeit unter anderem mittels fotografischer Darstellung der einzelnen Projektschritte oder mittels Modellausstellung,
- Baustellenführungen für Geschäfte/KMU sowie Kundinnen und Kunden,
- Medienkonferenzen und weitere Medienarbeit,
- Inserate in lokalen Zeitungen,
- Baustellen-Events und weitere Aktivitäten, um die Umsatzeinbussen des Gewerbes abzufedern. Aufgaben- und Kostenteilung für die Kommunikationsmassnahmen sollen innerhalb der Fachkommission «Kommunikation» vorgenommen werden (siehe Forderung 5).

Forderung 5: Fachkommission «Kommunikation»

Wir fordern bei den Bauprojekten die Einsetzung einer Fachkommission «Kommunikation», die sich in regelmässigen Abständen trifft und über die Kommunikationsmassnahmen der jeweiligen Projektschritte berät und entscheidet. In der Fachkommission sollten Vertreter der Projektleitung (aus Gemeinde oder Kanton), Fachkräfte aus Hoch-/Tiefbau und Verkehr, Vertreter der betroffenen KMU und der Gewerbe- und Industrievereine sowie der Kommunikationsbranche vertreten sein.

Forderung 6: Anlaufstelle

Im heutigen Kommunikationszeitalter informieren sich immer mehr Personen eigenständig über das Internet, so dass vielfach kein persönlicher Austausch nötig ist. Eine Internetseite mit allen für das betroffene Gewerbe, Anstösserinnen und Anstösser, Kundinnen und Kunden sowie Medien relevanten Informationen sowie den nötigen Kontaktangaben ist deshalb von grosser Bedeutung. Dies beinhaltet auch eine Telefonnummer, über die man sich bei einer kompetenten Ansprechperson melden kann. Denkbar wäre etwa eine Art Baustellentelefon.

Wir fordern eine elektronische Anlaufstelle (Internetseite) sowie eine persönliche Anlaufstelle, an die sich die Gewerbetreibenden/Anstösser mit ihren Fragen/Unsicherheiten/Problemen wenden können, damit unter anderem auf unvorhergesehene Herausforderungen zeitnah reagiert werden kann. Die Anlaufstelle sollte idealerweise konstant mit denselben

Ansprechpersonen besetzt sein. Diese sollen den KMU bekannt und für die Betroffenen verfügbar sein.

Forderung 7: Technische Informationen und Krisenmanagement

Neben den generellen Informationen über die einzelnen Projektschritte und deren Umsetzung gemäss Kommunikationskonzept bedarf es einer frühzeitigen, konstanten und umfassenden Information des betroffenen Gewerbes über technische Voraussetzungen wie die **Strom- und Wasserversorgung** sowie eines professionell aufgestellten **Krisenmanagements**, falls die Versorgung aufgrund eines Zwischenfalls nicht gemäss Planung sichergestellt werden kann.

Wir fordern darum frühzeitige, konstante und umfassende Informationsmassnahmen über die technischen Voraussetzungen wie etwa Strom- und Wasserversorgung. Wir fordern zudem ein professionell aufgestelltes Krisenmanagement, falls die Versorgung aufgrund eines Zwischenfalls nicht gemäss Planung sichergestellt werden kann.

Forderung 8: Verkehrsleitsystem

Von sehr grosser Relevanz ist ein professionell **geplantes Verkehrsleitsystem**. Eine gute Erreichbarkeit und eine gute Signalisation zu den einzelnen Geschäften helfen zusätzlich, ein Wegbleiben der Kundinnen und Kunden zu vermeiden.

Wir fordern eine professionelle Planung des Verkehrsleitsystems und entsprechende Informationen darüber. Die Informationen bezüglich Verkehrsleitsystem und Erreichbarkeit der Geschäfte müssen folgende Aspekte abdecken:

- Information bzgl. Strassensperrungen und Umleitungen,
- Information bzgl. Parkplatzlösungen,
- Information bzgl. Anlieferungen,
- Information der Verkehrsteilnehmer bzgl. Verkehrs- und Parkplatzlösungen,
- Information der Pendler über die Organisation des öffentlichen Verkehrs,
- eine umfassende Signalisation und Wegführung zu den Verkaufsgeschäften.

Forderung 9: Bürokratieabbau

Die Baustelle ist wie bereits angesprochen eine Ausnahmesituation für alle Beteiligten. Die Gewerbetreibenden/KMU werden von ihrer Seite her alles unternehmen, um die Kundenfrequenz aufrecht zu erhalten. Dies bedingt kommunikative Massnahmen wie das Verteilen von Flyern, den öffentlichen Aushang von Plakaten für Werbezwecke und die Weitergabe von Informationen zum eigenen Geschäft sowie das Durchführen von Nachshoppings oder Sonntagsverkäufen. Alle angesprochenen Massnahmen brauchen in der Regel eine Bewilligung von Seiten der Behörden. Darum geht es bei den letzten zwei Forderungen.

Wir fordern Kulanz, tiefe und möglichst wenig bürokratische Hürden bei der kantonalen Verwaltung hinsichtlich der Ausstellung von Arbeitszeitbewilligungen (Sonntagsarbeit, Nacharbeit), bzgl. der Plakatierung und dem Aushändigen von Flyern durch die einzelnen Geschäfte. Wir fordern zudem gute Beratung und Betreuung von betroffenen Betrieben hinsichtlich arbeitsrechtlicher Massnahmen durch das KIGA. Es braucht zum Beispiel eine gute Sensibilisierung, wann die Empfehlung von Zeitarbeit für einen Gewerbebetrieb sinnvoll ist und wann weniger. Auch müssen hier die Gewerbebetriebe eng begleitet werden, damit nicht aufgrund von Fehlern der Anspruch bei Zeitarbeit verfällt. Solche Erfahrungen haben leider gewisse Gewerbebetriebe bei Baustellen gemacht und das endet dann im Einzelfall tragisch.

Forderung 10: Kulanz auch nach Projektabschluss

Wir fordern, dass bestimmte Kommunikationsaktivitäten und Informationsmassnahmen sowie die während der Bauphase gewährte Kulanz bei der Vergabe von Bewilligungen auch nach der Bauphase weiterbestehen – idealerweise in der Regel für die Dauer von rund einem halben Jahr.

Gerne übergebe ich jetzt das Wort an Regierungsrätin Sabine Pegoraro.